

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 17– Bericht zum Dosenpfand

Dazu sagt der umweltpolitische Sprecher
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Detlef Matthiessen:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.gruene-landtag-sh.de

Nr. 014.03 / 22.01.2003

Aus Dosenpfand Einwegpfand machen!

22 Tage nach der Einführung des Dosenpfandes haben wir kein Chaos, wie von vielen vorhergesagt wurde. Die Kritik der CDU war ohnehin mehr als peinlich, denn wem haben wir dieses Pfand in dieser Ausarbeitung zu verdanken? Die beschlossene Einführung des Pflichtpfandes für Einweggetränke ist eine von dem früheren CDU-Umweltminister Klaus Töpfer initiierte Regelung der Verpackungsverordnung.

Der ursprüngliche Gesetzentwurf der rot-grünen Bundesregierung war wesentlich weiter gehender und auch einfacher. Es sollte Pfand auf beinahe jede Einwegverpackung geben. Dieses Gesetz wurde durch die Mehrheit der CDU/CSU im Bundesrat boykottiert und der Kompromiss, der am 13. Juni 2001 verabschiedet wurde, stammt aus der Feder derer, die die rot-grüne Vorlage strikt ablehnen.

Sie müssen also die jetzige Regelung der Bevölkerung erklären - und seien Sie ehrlich und sagen Sie den Bürgerinnen und Bürgern, dass die Unübersichtlichkeit nur durch Sie zu Stande gekommen ist, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU.

Aber auch Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, lernen hinzu. Der Bundesumweltminister hat sich am 10. und 11. Januar mit den Länderumweltministern aus Bayern, Baden-Württemberg, NRW und Niedersachsen getroffen, um über eine Vereinfachung des Pfandes zu sprechen. Man nähert sich langsam gemeinsam dem ursprünglichen Gesetzentwurf von rot-grün.

Das ist eine bemerkenswerte und ökologisch sinnvolle Kehrtwende Ihrerseits. Denn im Wahlkampf wurde vom Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber versprochen, das Einwegpfand zurückzunehmen. Er musste sich durch diese Äußerungen starker Kritik auch gerade der bayerischen BierbrauerInnen wehren.

Es gab eine Kampagne der bayerischen Grünen, BierbrauerInnen, GetränkehändlerInnen und UmweltschützerInnen für die Einführung des Dosenpfands. Das Aktionsbündnis warf Ministerpräsident Stoiber und der Staatsregierung mittelstands- und umweltfeindliche Politik vor.

Das von Ihnen vorgebrachte Argument der Unwirtschaftlichkeit ist auch sehr gut zu widerlegen, beispielsweise rechnet der Verband der deutschen Automatenindustrie (VDAI) durch das Einwegpfand mit einem zusätzlichen Umsatz von 600 Mio. Euro.

Auch eine ZDF-Umfrage vom 27.03.2002 hat ergeben, dass 66 Prozent der Befragten ein Einwegpfand sinnvoll fänden, nur jeder sechste lehnte dies ab. Die gesellschaftlichen Mehrheiten für solch ein Gesetz und die Akzeptanz in der Bevölkerung sind also gegeben - und das scheint auch der Grund, warum nun auch endlich CDU/CSU nachzudenken beginnen.

Ich bin mir sicher, dass wir noch in diesem Jahr ein neues Gesetz zum Einwegpfand bekommen werden. Dieses Gesetz wird dann im Einklang mit der Wirtschaft und der Umwelt dem Problem des Einwegmülls zielgerichtet entgegenreten.
